

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 10. Juni 1925

Ehrenpreis der Gemeinde für die Frühjahrsausstellung der Kunstgemeinschaft. Für die Ausstellungen der Kunstgemeinschaft wurden in den früheren Jahren Ehrenpreise der Stadt Wien bewilligt. Auf Antrag des Gemeinderates Thaller hat der städtische Finanzausschuss beschlossen auch heuer für die Frühjahrsausstellung der Kunstgemeinschaft einen Ehrenpreis von dreihundert Schilling zu bewilligen.

Gemeindeunterstützungen. Der Gemeinderatsausschuss für Finanzwesen hat auf Antrag des Gemeinderates Hlasek der Wiener freiwilligen Rettungsgesellschaft eine Subvention von 7500 Schilling und der Hietzinger Freiwilligen Rettungsgesellschaft eine Subvention von 600 Schilling gewährt. In derselben Sitzung wurde der Österreichischen Gesellschaft für Bevölkerungspolitik und Fürsorgewesen für die Deckung der Kosten der siebenten Fürsorgetagung eine Subvention von 500 Schilling bewilligt. Die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wird mit Rücksicht auf die Hygieneausstellung eine grosse Aufklärungsaktion durchführen, weshalb der städtische Finanzausschuss eine Subvention von 500 Schilling gewährt hat. Schliesslich wurde beschlossen dem humanitären Verein Wiener Frauenheim, der in seinem Gebäude in Meidling gegenwärtig 48 arme, erwerbsunfähige Frauen beherbergt, eine Gemeindeunterstützung von 300 Schilling zu bewilligen. Der Wiener Stadtsenat hat diese Subventionen ebenfalls genehmigt.

Wiederbelegung von Gräbern. Nach dem 15. Juli werden die einfachen Gräber in der Abteilung II, Gruppe I und IV im Sieveringer Friedhof, in der Gruppe II, Reihe 2, Nummern 3 bis 36 im Gersthofener Friedhof und die Schachtgräber in der Gruppe XXII im alten Teil des Simmeringer Friedhofes wiederbelegt. Enterdigungen von Leichenresten aus diesen Gräbern müssen bis längstens 30. Juni bei der Magistratsabteilung 12 in der Rathausstrasse 9 angemeldet werden. Nach dem 15. Juli werden die Grabkreuze von diesen Gräbern auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und aufbewahrt. Wer innerhalb eines Jahres sein Eigentumsrecht nachweist und die Kosten der Entfernung ersetzt, erhält das Grabkreuz ausgefolgt.

Schülerfahrpreiserlässigungen auf den Strassenbahnen. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen ersucht, die Ansuchen um Schülerfahrpreiserlässigungen schon jetzt einzubringen, damit sie während der Ferienmonate erledigt werden können. Die Schulkinder erhalten dann zuverlässig bei Beginn des neuen Schuljahres die Fahrtermässigung, vorausgesetzt, dass die Bedingungen hierfür gegeben sind. Spätere, etwa erst bei Beginn des neuen Schuljahres einlangende Ansuchen, können nicht mehr zeitgerecht erledigt werden.

Mehr als zweitausend neue Gasmesser in einem Monat. Die städtischen Gaswerke haben im Mai wieder eine umfangreiche Installationstätigkeit entfaltet. Es wurde in hundert Häuser mit 858 Wohnungen Gas eingeleitet; an der Ausführung der Leitungen wird in 81 Häusern mit 751 Wohnungen noch gearbeitet. Im Mai wurden nicht weniger als 2233 Gasmesser beigelegt und 419 Neuanschlüsse und Zuleitungen durchgeführt. Auch der Verkauf der verschiedenen Gasgeräte hat zugenommen. So wurden 430 Bratrohre, 403 Gasbügel-einrichtungen, 496 Kocher und 187 Doppelhähne geliefert.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 10. Juni 1925. Zweite Ausgabe

Ernennungen beim Magistrat. Der Wiener Stadtsenat hat die Magistratsräte Dr. Alfred Köpf, Dr. Anton Kurz, Alexander Much, Dr. Leopold Telatko und Dr. Renatus Delannoy zu Obermagistratsräten ernannt. Ausserdem wurden einer Anzahl verdienter Oberbeamter Bezugsarrondierungen zuerkannt.

Der Pfingstverkehr auf den Strassenbahnen. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen legt nun die genauen Zahlen über die Verkehr an den beiden Pfingstfeiertagen vor. Am Sonntag wurden 1292 Triebwagen und 1702 Anhängewagen, am Montag 1274 Triebwagen und 1686 Beiwagen verwendet. Am Sonntag wurden 2.1 Millionen und am Montag 1.7 Millionen Fahrgäste befördert. Am dichtesten besetzt waren die Linien zum Prater, zu den Bädern und in die Ausflugsorte. Am Sonntag war vor allem der Verkehr zu den Bahnhöfen ausserordentlich stark. Da an den beiden Osterfeiertagen 3.7 Millionen Fahrgäste gezählt worden sind, haben an den Pfingst^{tagen} noch um hunderttausend Personen mehr die Strassenbahn benützt.

Eröffnung des Metaleinstalerhofes. Die Gemeinde hat am Margaretengürtel, anschliessend an die bereits von ihr in den Jahren 1922 bis 1924 erbauten Wohnhäuser, eine neue grosse Wohnhausgruppe errichtet. Bürgermeister Seitz hat nun, da die Anlage vollendet ist, die Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreter der Presse zu einer feierlichen Eröffnung am Freitag, den 12. Juni um 12 Uhr mittags, geladen.

Fussballer aus Uruguay im Wiener Rathaus. Heute mittags wurden die zu einem Wettspiel nach Wien gekommenen Mitglieder des Club Nacional de Montevideo im Rathaus empfangen. In Vertretung des Bürgermeisters begrüsste Vizebürgermeister Kamerling die Gäste, indem er in einer längeren Ansprache darauf verwies, dass Wien durch den Krieg stark gelitten habe, aber mit Ernst und Anspannung aller Kräfte an dem Wiederaufbau arbeite. Die Gemeindeverwaltung freue sich herzlich darüber, dass nach so langer Zeit wieder überseeische Mannschaften nach Wien kommen, um im friedlichen sportlichen Wettstreit ihre Kräfte zu messen. Generalkonsul Eliseo Gomez dankte dem Vizebürgermeister für die freundlichen Worte und betonte die grossen Sympathien der Gäste für die Stadt Wien. Unter sachkundiger Führung besichtigten dann die fremden Sportleute das Rathaus.

Lastkraftwagenverkehr in der Winkelmannstrasse. Da die Häuser in der Winkelmannstrasse teilweise auf Piloten stehen und durch den starken Verkehr leiden, hat der Magistrat verfügt, dass in dieser Strasse die Lastkraftwagen nur in ganz langsamem Tempo fahren dürfen. Uebertretungen dieser Verfügung werden mit Geldstrafen bis zu zweihundert Schilling oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen gesankt.

Heft Krens der „Oesterreichischen Gemeindegzeitung“. Die Juninummer dieses offiziellen Organs des Städtebundes umfasst achtzig Seiten und ist der Verwaltung der Stadt Krens an der Donau gewidmet. Die Aufsätze über einzelnen Verwaltungszweige stammen von den leitenden Beamten des Magistrates mit Bürgermeister Baran an der Spitze. Das Heft ist reich illustriert und kann von der Verwaltung im Neuen Wiener Rathaus bezogen werden.

Beratung über die Lustbarkeitssteuer. Heute vormittags fand in der Gewerkschaftskommission unter dem Vorsitz des Sekretärs Straas eine Sitzung statt, die sich mit der Theaterkrise beschäftigte. Auf Einladung der Gewerkschaftskommission nahmen an dieser Beratung auch Bürgermeister Seitz, Präsident des Wiener Landtages Dr. Danneberg und Finanzreferent Stadtrat Breitner teil. Vertreten waren alle Organisationen der Bühnengestellten.

Sekretär Risler vom Bühnenverein verwies darauf, dass der Bühnenverein ebensowenig wie die anderen Organisationen den Standpunkt einnehme, dass lediglich die Lustbarkeitsabgabe den Ruin der Theater bedeute, sicherlich stelle diese Abgabe aber eine überaus harte Massnahme dar. Ein Problem für sich sei, dass die Gemeinde, wenn ein Theater niederbricht, von dem neuen Direktor die Zahlung der rückständigen Lustbarkeitsabgabe fordere. Die Theaterangestellten seien sich dessen bewusst, dass die Wirtschaftskrise in erster Linie den Niedergang des Theaters herbeigeführt habe. Sie sind auch keineswegs damit einverstanden, dass berufsfremde Personen, die oft gar nicht über die genügenden Kapitalien und Fähigkeiten verfügen, die Leitung einer Bühne übernehmen, weshalb sie auch gefordert haben, dass bei der Verleihung von Konzessionen mit der grössten Strenge vorgegangen werden soll. Die Angestellten sind auch bereit bei einer Regelung der Freikartenfrage um der Abgabe von ermässigten Karten mitzuwirken. Sie müssen aber an die Gemeindeverwaltung das Ansuchen stellen, dass sie sich mit der Frage der Lustbarkeitsabgabe, deren Milderung, wenn möglich Abschaffung, ernstlich beschäftige und das vor allem bei den Rückständen entgegenkommen behandelt werde.

Bürgermeister Seitz erklärte, dass er Wert darauf lege, mit den zuständigen Organisationen die Frage eingehend zu erörtern, zumal es sich um eine Materie handelt, die bei den bestehenden volkswirtschaftlichen Zusammenhängen durchaus nicht leicht sei. Er gab einen Ueberblick über die Steuerpolitik der Gemeinde. Richtig ist, dass die Mehrheit des Gemeinderates und Landtages es sich viel leichter machen könnte, wenn sie die bis zum Umsturz geltenden und beim Bund noch jetzt aufrechterhaltenen Steuern, einheben würde. Richtig ist auch, dass der Laie gewöhnlich die Warenumsatzsteuer als eine allgemeine und gerechte Abgabe bezeichnet, durchaus nicht enttäuscht ist und dass gegen diese Steuer auch keine Demonstrationsversammlungen abgehalten werden. Man könnte den Komplex derartiger Steuern als profane Steuern bezeichnen, weil sie Gerechtigkeit vortäuschen, in Wirklichkeit aber die schwerste Ungerechtigkeit bedeuten. Wenn die Warenumsatzsteuer für ein Viertelkilo Zucker, dass die Frau des Arbeitslosen kauft, ebenso gross ist, wie die des Milliardärs, der die selbe Ware kauft, so ist dies die schwerste Ungerechtigkeit.

Eine der wichtigsten Steuerquellen der Gemeinde müsse daher der über das Durchschnittsmass hinausgehende Konsum sein. Daher hat auch die Gemeinde die Luxuswarenabgabe eingeführt, die aber vom Bund inkameriert wurde. Aber auch die Automobilsteuer, die Hausgehilfenabgabe und die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, die von jenen Gaststätten eingehoben wird, die eine besondere Ausstattung aufweisen, gehören in die Gruppe. Derzeit werden noch die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Abgabenteilung geführt. Die immer wiederkehrenden Begehren des Bundes und der Länder von dem Er-

trag der Wiener Steuern einen noch grösseren Anteil an sich zu ziehen, fñhrendazu, dass fast jedes halbe Jahr neuerliche Verhandlungen über die Abgabenteilung stattfinden. Ein Budgetieren oder gar eine genaue Uebersicht sind unter solchen Verhältnissen unmöglich.

Dass die Lustbarkeitssteuer gänzlich verschwinden und etwa einer Verzehrungssteuer Platz machen könnte, ist unmöglich. Man verstehe, dass die bürgerlichen Kreise für eine solche Steuer sind, unverständlich sei es aber, dass Menschen, die von Ihrer Arbeit leben, einem solchen System zustimmen könnten.

Stadtrat Breitner verwies drauf, dass im Wiener Theaterwesen zweifellos Uebelstände vorhanden sind, die zu beheben ein gemeinsames Interesse der Angestellten und der Gemeinde bilde. Solange dies nicht geschehen sei, kann man überhaupt nicht feststellen, ob die Lustbarkeitsabgabe, wie behauptet wird, von so einschneidend schädlicher Bedeutung ist. Die Zusammenbrüche haben gezeigt, dass bei allen in Betracht kommenden Bühnen Schulden vorhanden waren, die weit über das Mass der Lustbarkeitsabgabe hinausgegangen sind. Auch die gut geführten Theater leiden naturgemäss unter solchen Zuständen, wie dies insbesondere bei dem Verschleudern von Karten der Fall ist. Auch die Hotelles können ihre Zimmer, die sie an einem Tag frei gehabt haben, nicht immer gleich am nächsten Tag verkaufen, dennoch gehen sie unter den gewissen Normen nicht herunter, wie dies eben einer soliden Geschäftsführung entspricht. Was die Rückstände anlangt, so kann die Gemeinde darauf nicht verzichten. Diese Beträge haben sich ja nur dadurch angesammelt, dass die Gemeinde um ein vorzeitiges Zusperrern zu verhindern, und dem Personal so lang als möglich das Fortarbeiten zu ermöglichen, es unterlassen hat, die volle Strenge des Gesetzes anzuwenden. Dies geschah in der Erwartung, dass es gelingen wird, wegen der Abstattung zweckdienliche Abmachungen zu treffen. Wenn die Gemeinde einmal entgegen ihrer Nachsicht Geld verliert, dann wäre sie genötigt, bei den geringsten Rückstand die Zwangsmittel in der Exekutionsordnung anzuwenden. Eine Streichung kann übrigens schon deswegen nicht erfolgen, weil die Gemeinde fast überall eine Sicherstellung auf den Fundus und andere Werte vorgenommen hat und es nicht einfach dem Belieben der Steuerbehörde überlassen ist, aushaftende Schuldsigkeiten trotz vorhandener Deckung abzuschreiben. Wohl aber werde die Gemeinde bereit sein, mit ernstesten Bewerbern Abmachungen zu treffen, die eine langfristige Tilgung solcher Rückstände bezwecken. Falls im Sommer Sprechbühnen vorübergehend auch Operetten oder Revuen spielen, so wird es möglich sein, trotz Aenderung des Genres, die für die heissen Monate vorgesehenen Begünstigungen wirken zu lassen. Die Lustbarkeitsabgabe könne die Gemeinde aus dem von Bürgermeister angeführten Gründen auch nicht teilweise aufheben. Bei allen sonstigen Fragen bestehe selbstverständlich die grösste Bereitwilligkeit mit den Organisationen einvernehmlich vorzugehen.

Der Vorsitzende fasste das Ergebnis der mehr als vierstündigen Beratungen dahin zusammen, dass es jedenfalls sehr nützlich war, einmal diese so schwierige Materie ausführlich zu behandeln. Wenn es auch den Organisationen nicht gelungen, den Wunsch nach Beseitigung der Lustbarkeitsabgabe durchzusetzen, so sei doch bezüglich der Abstattung der Rückstände ein weites Entgegenkommen der Gemeinde zu verzeichnen und auch für die nächsten Sommermonate werde manchem Theater durch die Gewährung des ermässigten Satzes für Operetten und Revuen eine Erleichterung gewährt.